

# Berliner Tageblatt



Nr. 81

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 17. Februar 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## Einigen Vereinbarungen Drummond-Strefemann.

### Das Verfahren am 8. März.

Die Aufnahme. — Die Stellenbesetzung.

Eric Drummond hat heute mittag seine Besprechung mit Minister Strefemann beendet. Nach den Angaben wird sich das Verfahren bei der Aufnahme in den Völkerverbund folgendermaßen gestalten: Am 8. März, wahrscheinlich nachmittags 3 Uhr, wird die außerordentliche Völkerverbundversammlung zusammentreten. Es werden dann einleitend zwei Ausschüsse gebildet werden. Mehrere dieser Ausschüsse sind nötig, während bei ordentlichen Versammlungen sechs Ausschüsse gebildet werden. Der erste der beiden wird der **Aufnahmeausschuss** sein, der zweite der **Stellenbesetzung**. Der Aufnahmeausschuss wird dann einen Unterausschuss bilden, der in gleicher Verhandlung, zu der aber Deutschland wahrscheinlich für die Aufnahmefrage hinzugezogen werden dürfte, die Aufnahmeausschüsse besprechen wird. Der Ausschuss wird seinen Bericht dem eigentlichen Aufnahmeausschuss abgeben, dieser wird dann den Bericht der Verhandlung vorlegen. Danach wird die Versammlung die Aufnahme als Mitglied des Völkerverbundes. Das Verfahren vor sich: Der Völkerverbund wird zu einer Sitzung zusammentreten und muß einstimmig beschließen, die Aufnahme als Mitglied des Völkerverbundes. Das Verfahren vor sich: Der Völkerverbund wird zu einer Sitzung zusammentreten und muß einstimmig beschließen, die Aufnahme als Mitglied des Völkerverbundes. Das Verfahren vor sich: Der Völkerverbund wird zu einer Sitzung zusammentreten und muß einstimmig beschließen, die Aufnahme als Mitglied des Völkerverbundes.

### Die Dominions und der Völkerverbund.

Ein Vorstoß gegen die Integrität.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 17. Februar.

Wenn sich das Kabinett mit der gegenwärtigen Krise befassen wird, wie sie sich über die Vorschläge zur Vergrößerung des Völkerverbundes herausgebildet hat, so wird auch zweifellos der Kolonialminister Amery auf den außerordentlich starken Widerstand hinweisen, der von einzelnen Dominions der Vergrößerung des Völkerverbundes über Deutschlands Aufnahme hinaus entgegengesetzt wird. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitteilt, ist in dieser Beziehung die Initiative von Südafrika ausgegangen, das dabei auf das lebhafteste von zwei oder drei anderen Dominions unterstützt worden sei, die nun gemeinsam gegen die oben erwähnte Vergrößerung des Völkerverbundes bei der englischen Regierung Schritte unternehmen haben.

Ferner macht der Korrespondent die interessante Mitteilung, daß folgender Kompromißvorschlag erwähnt worden sei, nämlich gegen eine weitere Reduzierung der Truppen im Rheinlande. Der Korrespondent fügt aber hinzu, daß die Idee eines solchen Kompromisses in London keinen günstigen Boden finde. Schließlich vermutet er noch, daß Deutschland in einer kommenden Note deutlich zu verstehen geben werde, wie es unter gewissen Umständen handeln würde. Es würde aber einem solchen Schritt gegenüber durchaus angebracht sein, wenn die englische Regierung und die Dominions sich endlich ebenfalls äußern würden. In Ministerkreisen komme man mehr und mehr zu der Überzeugung, daß es nun ähnlich wie hinsichtlich des Genfer Protokolls am besten sei, daß das englische Empire ungewöhnlich seine Stellungnahme bekaunte. Der britische Gesandte sprach gestern im Auswärtigen Amt vor.

Neuer Bericht aus Ottawa, der Hauptstadt Kanadas, daß die kanadische Regierung sich entschlossen habe, dem kanadischen Parlament eine Entschließung vorzulegen, die erklärt, daß Kanada die Verpflichtungen des Locarno-Paktes nicht als für Kanada geltend ansehen, da es sich hierbei hauptsächlich um europäische Interessen handelt, und daß Kanada nicht wünscht, an irgendwelchen europäischen territorialen Garantien teilzunehmen, obwohl es seitens der Weltfriedens durchzuführen befürwortet. (Es ist niemals zweifelhaft gewesen, daß der Locarno-Pakt, der ja abgeschlossen ist, ohne die Zustimmung der Dominions einzuholen, nur von England selbst garantiert ist. Die Red.)

## Der Unterricht im Französischen.

Von [Redaktion verboten.]

Oberstudiendirektor Dr. Bohner, Mitglied des preussischen Landtags.

In einer jener schlecht beachteten Sonnenandfaltungen, in denen eine Minderheit schnell die Mehrheit wird, hat der preussische Landtag mit den Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums am 30. Januar einen Antrag angenommen, wonach künftig auch an den Reformgymnasien, die in Sexta mit Englisch beginnen, der lateinische Unterricht in Untertertia einsehen darf. Die bekannte Reform des höheren Schulwesens hatte für das Reformgymnasium die erste lebende Fremdsprache in Sexta, die zweite in Untertertia, das Lateinische in Untersekunda angelegt. Von den einzelnen Schulen wie von Organisationen war dagegen sofort nach Veröffentlichung der Reformpläne Sturm gelaufen und die Möglichkeit eines Lateinunterrichts in U III verlangt worden. Abgesehen von der Vertiefung, die das Lateinische als unverlesenes europäisches Bildungselement dauernd behauptet, vermag sich dahinter der Wunsch, besonders für die kleineren Städte und ihr Hinterland, eine Schularzt zu haben, die gewissermaßen die Bildungselemente des Gymnasiums wie der Oberrealschule vermittelt.

Gerade diesem Verlangen widersprach die Unterrichtsverwaltung mit aller Kraft. Der Gedanke der Reform war ihr bei gemeinsamen Zentralräthen Randfächer, deren scharfe Betonung der einzelnen Schularzt ihr ausgeprägtes eigenes Gesicht gab. Dem Gymnasium war dabei als Aufgabe die Auseinanderlegung mit der Antike, dem Realgymnasium die mit dem heutigen Europa, der Oberrealschule Mathematik und Naturwissenschaften in ihrer Bedeutung für das heutige Weltgefühl und der deutschen Oberschule die Probleme des Deutschtums überwiesen. Unser Begehrung des Vielerleis hoffte man die Oberflächlichkeit unserer heutigen Bildung zu bekämpfen; man erhoffte, indem man erst wieder einmal in Begrenzten eine wirkliche Schulungsmöglichkeit bot, einen Nachwuchs zu erziehen, der wieder die Kraft zu originaler Bildung habe; dem Bedürfnis des Gesamtvolkes wollte man durch die Sonderaufgaben der vier Schularzten dienen. Das erste Land, das sich die preussische Reform angeeignet, der Freistaat Hessen, hat denn auch gerade diese Gedanken übernommen und Latein nach U II gelegt.

Im preussischen Landtag wurde schon früh der Antrag eingebracht, am Reformgymnasium Latein in U III zuzulassen. Man konnte sich darauf berufen, daß die Reform dies für weibliche Anstalten von vornherein erlaubte. Man überließ dabei allerdings, daß die Gelegenheiten zu gymnasialer Bildung für Mädchen bedeutend geringer sind und dies der Ausgleich war. Die Unterrichtsverwaltung verlangte nun, nachdem der Antrag durchgegangen war, daß dann die erste Fremdsprache Französisch sein müsse, und übte damit einen entscheidenden Druck zugunsten des Französischen aus. Offenbar fürchtete sie, daß die sprachlich größere Nähe des Englischen wie seine Weltstellung, aber auch Gefühle der Kriegs- und Nachkriegszeit sonst sehr schnell dazu führen könnten, daß die Schulen allgemein in Englisch als erste Fremdsprache wählten, was kurz vor dem Krieg erstmalig erlaubt wurde. So mußten wenigstens die, die Latein in U III wünschten, am Französischen festhalten. Tatsächlich ist ja im Freistaat Sachsen Englisch fest durch das Ministerium allgemein als erste Fremdsprache eingeführt. In Preußen kann eine ähnliche Entwicklung einsehen und hat teilweise schon begonnen. Was bedeutet das?

Zunächst ein Auseinanderfallen im Lande. Denn ein Teil der Schulen wird wegen der geographischen Nähe am französischen Anfang festhalten müssen und ist dann vom übrigen Lande geschieden. Und darüber hinaus den Tod des fruchtbarsten Gedankens der ganzen Reform. Die Unterrichtsverwaltung hatte mit Recht sich immer darauf berufen, daß die Unkenntnis unserer europäischen Umwelt zu unserer Isolierung im Kriege geführt hat. Sie wollte auch der Zukunft dienen. Zentraleuropa ist doch schließlich nicht bloß ein Problem der Wirtschaft, sondern auch ein Problem der Kulturen, wie ja auch Herr v. Harnack kürzlich in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ausführte. Die Unterrichtsverwaltung dachte durchaus nicht bloß an eine Auseinanderlegung mit Frankreich und England im Unterricht, sondern sie war bereit, auch Lehrpläne zuzulassen, bei denen eine slawische Sprache oder Spanisch oder auch eine skandinavische Sprache die zweite lebende Fremdsprache wären. Nun kann man vielleicht bei einer der unseren so nahe verwandten Sprache, wie der englischen, die Schüler in vier Jahren so weit fördern, daß man von der Schule zum Kern vordringt. Wer glaubt, daß man in vier Jahren französisch im Unterricht solche Ziele erreicht? Gerade mit Frankreich aber gehen wir in einer Schicksalsgemeinschaft durch die Jahrhunderte, die in Göttern und Bösem beinahe das deutsche Schicksal ist. Man soll dabei nicht nur an die Vergangenheit denken. Das Studium der französischen Republik nach 1870 zum Beispiel bietet auf jeder Seite Lehren für die junge deutsche Republik von 1918. Der schlimmste Trägheitsfehler, den sich die deutsche Öffentlichkeit von 1914 erlaubte, dürfte jene Verrenkung Frankreichs sein, die uns ein defabesantes, von Advokaten zergerietertes Land in dem neu sich sammelnden Volke sehen ließ. Aber wenn man schon politisch von Frankreich nichts wissen will, will man dem deutschen Volke die mannigfachen Geistesströme herüber und hinüber von den Tagen der jungen Gotik an, deren französische Geburt wir doch heute kennen, über Descartes, Pascal, Voltaire, Rousseau bis auf unsere Tage verschließen? Wie oft noch spät, da ich schon Grund gewonnen, — In

## Arthur Schulze verhaftet.

Verhandlungen mit Prinz Windischgrätz schon 1923.

Im Zusammenhang mit der ungarischen Francofalscherei wiederholt genannte Arthur Schulze hat sich nun, nachdem er sich von dem Beamten der Berliner Kriminalpolizei umstellt sah, der Berliner Polizei zur Verfügung gestellt. Die Berliner Kriminalpolizei hat, als Ende Dezember 1923 nach der Verhaftung des Obersten Janovics, die Budapest Polizei einen angeblichen Obermann Schulze als Hauptleiter der Francofalscherei ernannt, sofort die Verhaftung dieses angeblichen Obermanns. Hierbei stellte die Berliner Kriminalpolizei fest, daß Schulze, wohnhaft in Berlin-Tempelhof, ein früherer Abteilungsleiter im kriegsgraphischen Institut in Budapest gewesen ist. Die Wohnung des Schulze wurde sofort durchsucht. Schulze selbst hatte sich aus seiner Wohnung entfernt. Die Spuren, die die Berliner Polizei weiterverfolgte, führten zu Jericho, Nordhausen, Klausthal nach Osterode im Harz. Von dort wurde Schulze schließlich wieder nach Berlin zurückgeführt und er sich hier verborgen gehalten. Gestern wurde er dann festgenommen. Er ist sofort vernommen worden und dem Richter mit dem Antrag auf Haftbefehl vorgeführt worden. Schulze hat bei seiner Vernehmung ausgesagt, daß 1923 in Budapest ein in ihn herangezogen sei, mit dem er, bei der Francofalscherei mitzuwirken, die der ungarische Prinz als eine rein politische Tat kennzeichnete, die der ungarischen Regierung gebilligt würde. Diese Angabe des Prinzen erschien Schulze so glaubhaft, als er dachte, daß der Chef der ungarischen Landespolizei diese Operation unterstützte. Erst als er merkte, daß Windischgrätz nicht über genügende Geldmittel verfügte, um die Operation durchzuführen, schöpfte er Verdacht. Das entging den ungarischen Persönlichkeiten nicht. Er wurde deshalb wie ein Flüchtling behandelt.

Erst im November 1923 gelang es Schulze nach Berlin zu fliehen. Sein Aufenthalt in Budapest hat etwa vier Wochen dauerte. Er behauptet, daß während seiner Anwesenheit nur fotografische Aufnahmen echter Francofalscherei gemacht wurden, daß er zur Fälschung selbst während seiner Anwesenheit nicht gekommen ist. Seit jener Zeit, die über zwei Jahre zurückliegt, will Schulze keine Verbindung mehr mit den ungarischen Francofalschereiern gehabt haben. Selbstverständlich ist eine eingehende Prüfung der Angaben des Vernehmers notwendig, jedoch hat die Berliner Kriminalpolizei schon bei dem Einbruch, daß die Behauptung ungarischer Persönlichkeiten, Schulze sei die Seele der Francofalscherei gewesen, nicht zutrifft.

## Scharfer Vorstoß Bazionis gegen Bethlen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Budapest, 17. Februar.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hielt gestern abend eine Sitzung ab, in der Ministerpräsident Graf Bethlen und die Abgeordneten Gömbös sowie Graf Teleki vernommen wurden. Der Ausschuhvorsitzende gab zu Beginn der Sitzung seiner Entrüstung über den gegen den Abgeordneten Bazionis verübten Anschlag Ausdruck. Die Nationaldemokratische Partei veranlaßte heute abend eine Vollversammlung, in der Abgeordneter Bazionis sowie mehrere andere Redner in überaus scharfer Weise gegen das System Bethlen sprachen und volle Klarheit in der Französischer Sache forderten. Die Attentäter befinden sich noch in polizeilichem Gewahrsam. Die Polizei teilsunzeitlich das Attentat als Gewalttat gegen eine Behörde, weil Bazionis dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss angehört. Diese Auffassung hat auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss, und er hat beschlossen, von seiner Seite aus gegen die Attentäter die Anzeige zu erstatten.

## Revision im Fall Luppe.

Die Staatsanwaltschaft ruft das oberste Landesgericht an.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

N. Rürnberg, 17. Februar.

Der Staatsanwalt hat gegen den Beschluß der hiesigen Strafkammer, der auf Einstellung des Falles im Verwaltungsverfahren gegen Dr. Luppe lautete, Revision eingeleitet. Die Angelegenheit wird nunmehr das oberste Landesgericht in München beschäftigen und bedeutet eine wochenlange Verzögerung der Aufnahme der Amtsgeschäfte durch Dr. Luppe.

Dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft wird das peinlichste Aufsehen erregen. Im Fall Luppe hat die Strafkammer nach eingehender, vier Wochen langer Prüfung auf Einstellung des Verfahrens erkannt. Aber die Staatsanwaltschaft glaubt noch, das höchste bayerische Gericht anzurufen zu müssen. Immer noch wegen der Sache mit dem Mantelverkauf und dem Raubmord des Wandervogels. Der staatsliche Polizeidirektor Gareis und der Führer der Reichsflagge, Hauptmann a. D. Heiß, dagegen haben sich bei ihren Aussagen in die ärgsten Widersprüche verwickelt. Aber die Staatsanwaltschaft denkt in diesem Falle offenbar nicht daran, auch nur ein Verfahren einzuleiten.